

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Auftakt Einkommensrunde 2016

Seite 10

Keine tarifpolitische Fastenzeit!



Seite 8

Sozial- und Erziehungsdienst
Andreas Helsing:
„Wir lassen nicht locker“



Seite 12

Rund um die Arbeitszeit
Vergütung von
Bereitschaftsdienst

Inhalt

Editorial 2

Tarifthemen 3

Stadt Naunhof
Losch Airport Service Stuttgart
Tarifgespräch mit
KAV Rheinland-Pfalz
Rettungsdienst LOS
Kommunaler Nahverkehr Bayern
Flughafen Stuttgart
Flughafen Frankfurt-Hahn
Altersteilzeit Sachsen

Sozial- und Erziehungsdienst 8

Einkommensrunde 2016 10

Ratgeber 12

Buchvorstellungen 13

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss:
31. März 2016



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Verantwortlich: Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz
Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt
Bildnachweis: Titel: Friedhelm Windmüller, Bernd Lauter, drubig-photo (Fotolia), S.2: Friedhelm Windmüller, S.3: dbb, S.4: dbb, S.7: SLV, S.8-9: Connor Crowe, Bernd Lauter, S.10-11: Friedhelm Windmüller, S.12: drubig-photo (Fotolia), S.15: Dirk Czarnota (Fotolia)
Telefon: 030.4081-5400, **Fax:** 030.4081-4399
E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de
Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0
Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen
Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis, Telefon: 02102.74023-714, Fax: 02102.74023-99

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

tacheles · 4-April 2016

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Der Anfang ist gemacht, das Ende der Einkommensrunde mit Bund und Kommunen aber noch nicht in Sicht. Der Auftakt in Potsdam verlief nicht ungewöhnlich, obwohl die Themenpalette auf jeden Fall geeignet ist, zähe Verhandlungen vorherzusagen. Drei Punkte will ich hier insbesondere ansprechen.

Erstens: Die Arbeitgeber erzählen landauf, landab,

dass es keinen Nachholbedarf bei den Einkommen gebe. Dazu ist zu sagen, dass sich diese Behauptung kaum durch Zahlen untermauern lässt. Wichtiger erscheint mir jedoch, dass dieser Denke eine falsche Annahme zugrunde liegt, nämlich die, dass der öffentliche Dienst erst dann etwas fordern darf, wenn die Privatwirtschaft in der Höhe der Einkommen um Längen voraus ist. Wer so denkt, verpasst die Herausforderung, endlich Perspektiven für den Nachwuchs aufzuzeigen, der sich immer schwerer für den öffentlichen Dienst begeistern lässt. Schließlich ist das Wort vom Nachholbedarf ganz einfach deshalb auch fehl am Platz, weil die Beschäftigten von Bund und Kommunen in den letzten Monaten längst mit hervorragender Arbeit in schwierigen Zeiten in Vorleistung getreten sind.

Zweitens: Die kommunalen Arbeitgeber fordern Eingriffe ins Leistungsrecht der Zusatzversorgung. Das geht gar nicht. Mit uns wird es keine Eingriffe beim Leistungsrecht geben. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Drittens: Die Gewerkschaften wollen am Ende der Einkommensrunde gemeinsam mit der VKA ein neues Eingruppierungsrecht tarifieren. Das ist eine sehr ambitionierte Aufgabe. Selbst bei bestem Willen aller Beteiligten stellt die Komplexität dieses Themas eine enorme Herausforderung dar. Allerdings füge ich ausdrücklich hinzu, dass die Sacharbeit und das Engagement, mit dem beide Seiten das Projekt in den letzten Monaten vorangetrieben haben, es möglich erscheinen lassen, dass wir diese Mammutaufgabe gestemmt bekommen, denn auch rund um die Osterfeiertage haben wir eine Unmenge von Terminen vereinbart.

Ein Viertens habe ich zwar eingangs nicht auf die Tagesordnung gesetzt, muss es jetzt aber doch loswerden: Wir werden nach Ostern mit ersten Warnstreikaktionen beginnen und sollte die zweite Verhandlungsrunde keine überwältigenden Fortschritte bringen, werden wir weitere und größere Maßnahmen planen. Ob diese dann tatsächlich größer werden, hängt auch von Ihnen ab. Gewerkschaft lebt vom Mitmachen!

Mit freundlichen Grüßen

Willi Russ



Stadt Naunhof

Warnstreik erhöht Druck

Mit einem ganztägigen Warnstreik haben die Beschäftigten der Stadt Naunhof am 17. März 2016 ihrer Forderung nach der Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) erneut Nachdruck verliehen. „Wir werden nicht nachlassen, bis die Arbeitgeberseite endlich Gespräche mit uns aufnimmt“, sagte Jürgen Kretzschmar, der Mitglied der dbb Bundestarifkommission und der Verhandlungskommission für Naunhof ist. Neben hoher Beteiligung gab es auch Unterstützung durch die Bürger Naunhofs, die hinter ihrer Verwaltung stehen. Gleiche Unterstützung wird den Beschäftigten durch den Bürgermeister zuteil, der aber durch einen Beschluss des Stadtrats gebunden ist und nicht mit dem dbb verhandeln darf.

Einmalige Situation

Prominente Unterstützung erhielten die Streikenden aus Berlin. Willi Russ,

Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, war eigens nach Naunhof gekommen, um den Beschäftigten den Rücken zu stärken. „Die Situation in Naunhof ist nahezu einmalig in Deutschland. Nicht nur, weil den Beschäftigten einer Stadt faire und transparente Arbeitsbedingungen nach Tarifvertrag vorenthalten werden, sondern auch wegen der Halsstarrigkeit, mit

der der Stadtrat schon die Aufnahme von Gesprächen darüber verhindert. Ich habe bereits unzählige Tarifkonflikte erlebt, aber dieses Verhalten der Gegenseite ist schlicht und ergreifend skandalös.“

Ausweitungen werden wahrscheinlich

Betroffen waren von dem Warnstreik abermals die Bereiche Kita, Bauhof und Kernverwaltung. Sollte die Stadt sich weiterhin den Gesprächen verschließen, sei eine Ausweitung der Arbeitskampfmaßnahmen wahrscheinlich, erklärten die Gewerkschaftsvertreter. ■

